»ES IST GESCHEHEN

Gedenkkundgebung und
antifaschistische Demonstration
Mahnmal Levetzowstraße, Berlin-Moabit

9. November
1938 – 2025
17:30 Uhr



UND FOLGLICH KANN ES WIEDER GESCHEHEN.«

Primo Levi

»Möge die Erinnerung zu Verantwortung führen. Möge die Verantwortung zum Handeln führen. Und möge das Handeln dafür sorgen, dass ›Nie wieder!‹ nicht nur eine Parole ist, sondern eine bleibende Verpflichtung.«

– Tova Friedmann, 28. Januar 2026

Als antifaschistisches Bündnis rufen wir am 9. November 2026, dem 88. Jahrestag der antisemitischen Novemberpogrome, zur Gedenkkundgebung am Mahnmal Levetzowstraße mit anschließender Demonstration durch Moabit auf.

Unser Gedenken gilt sowohl Jüdinnen_Juden als auch den Sinti_zze und Rom_nja, den politischen Gegner*innen, wie Kommunist*innen, Gewerkschafter*innen und Sozialdemokrat*innen, den queeren Menschen, Zeug_innen Jehovas, Menschen mit Behinderung sowie als „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ Diffamierten, den Menschen aus den von Deutschland überfallenen und besetzten Ländern, die den Verbrechen der Nazis zum Opfer fielen.

Die Novemberpogrome und insbesondere der 9. November 1938 stellten den vorläufigen Höhepunkt der nationalsozialistischen Bemühungen dar, Jüdinnen_Juden zu demütigen, zu entrechten und aus den deutschen Grenzen zu vertreiben. Angeführt von SS und SA plünderten organisierte Schlägertrupps und ganz normale Deutsche jüdische Geschäfte sowie Wohnungen und zerstörten Synagogen und Friedhöfe. Sie trieben Jüdinnen_Juden durch die Straßen, verschleppten, inhaftierten und vergewaltigten. Mehr als 1300 Jüdinnen_Juden wurden ermordet. Tags darauf wurden etwa 30 000 jüdische Männer in Konzentrationslager deportiert. Die Novemberpogrome markieren den Übergang der bis dahin vor allem bürokratisch erfolgten Ausgrenzung und Entrechtung hin zur systematischen und

gewaltsamen Verfolgung und Vertreibung. Sie waren ein erster Höhepunkt des systematischen Massenmords an den europäischen Jüdinnen_Juden.

Der Massenmord, die industrielle Vernichtung in den Lagern und auf den killing fields sowie das Brandschatzen in weiten Teilen Europas konnten erst durch die militärische Niederschlagung Deutschlands 1945 gestoppt werden.

Keine Versöhnung mit Deutschland

Doch der Antisemitismus selbst wurde im Mai 1945 weder beendet noch besiegt – ganz gleich, wie inbrünstig die Deutschen das Märchen der Wiedergutwerdung und den Stolz auf die eigene Erinnerungskultur auch vor sich hertragen. Von der frühesten Nachkriegszeit bis in die Gegenwart zieht sich die Kontinuität antijüdischer Gewalt in Deutschland. Diese Kontinuität umfasst unzählige Angriffe auf jüdische Einrichtungen und Orte ebenso wie Gewalt gegen Menschen bis hin zu Morden und Terroranschlägen.

Während deutsche Politiker_innen die Vergangenheit für bewältigt erklären und die Deutschen den flüchtigen Blick in die kürzlich freigegebenen NSDAP-Karteien für Aufarbeitung der Familiengeschichte halten, beobachten wir zunehmend Angriffe auf das Gedenken der Verfolgten des Nationalsozialismus. Das Deportationsmahnmal auf der Putlitzbrücke in Berlin-Moabit, das an die über 30 000 jüdischen Berliner_innen erinnert, die vom benachbarten Güterbahnhof Moabit in die Vernichtung deportiert wurden, wurde in den vergangenen Jahren immer wieder zum Schauplatz antisemitischer Angriffe auf das Gedenken. Die Berliner Register verzeichnen mehrere Beschädigungen, die sowohl extrem rechten als auch antizionistischen Akteur_innen zuzuschreiben sind. Die Sehnsucht nach einem Schlussstrich eint alle Antisemit*innen ungeachtet ihrer sonstigen politischen Ausrichtung. Während die einen von Schuldkult faseln, skandieren andere „Free Palestine from German guilt".

Doch nicht nur Angriffe auf Erinnerungsorte nehmen zu. Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) dokumentiert im vergangenen Jahr einen erneuten Anstieg antisemitischer Vorfälle in Deutschland – und das längst nicht nur im Bereich des israelbezogenen Antisemitismus. Seit dem 7. Oktober 2023 bricht sich der Antisemitismus in einem neuen Ausmaß und mit einer neuen Ehrlichkeit Bahn.

Im Lichte des massiven Anstiegs des Antisemitismus stürzt sich die deutsche Selbsterzählung, nach der der deutsche Antisemitismus längst überwunden und aufgearbeitet sei, nun auf den nächsten Mythos der Selbstvergewisserung und erklärt Antisemitismus zu einem ausschließlich „importierten" Phänomen, dem mit Law & Order und einer noch restriktiveren Migrationspolitik begegnet werden müsse.

Antifa im Ausnahmezustand

Antifaschistische und antisemitismuskritische Arbeit befindet sich weiterhin im Ausnahmezustand. Während die AfD einen Wahlerfolg nach dem anderen einfährt und längst ihre talking points in bürgerlichen Debatten etwa über die Erinnerung an die NS-Verbrechen und über aktuelle Migrationspolitik platzieren konnte, fällt der CDU nichts Besseres ein, als antifaschistische Arbeit zu kriminalisieren, Fördergelder für politische Bildung und alternative Kultur zu streichen und auf vermeintlich alternativlose Reformpakete zu setzen, die Menschen weiter in die Prekarität treiben. Und während neue Neonazi-Gruppierungen CSDs angreifen, uniformiert aufmarschieren und mit einer Verbindung aus klassischer NS-Ideologie und rechter Jugendkultur enormen Zulauf verzeichnen, werden antifaschistische Gegenproteste kriminalisiert und Antifaschist_innen inhaftiert. Unser Widerstand richtet sich genauso gegen die organisierten Neonazis wie auch gegen die nationale Normalisierungserzählung und ihre Melange aus Antisemitismus, Rassismus und Sozialchauvinismus. Für diese Melange steht wie keine andere Partei die extrem rechte AfD. Diese greift nach den Wahlen vom 20. September in einigen Berliner Bezirken nach einflussreichen Verwaltungsposten und kann dabei auf Unterstützung aus den Reihen von CDU und BSW zählen.

Nichts bräuchte es in diesen Zeiten so sehr wie eine stabile Linke. Doch anstatt Bündnisse gegen die existenziellen Bedrohungen von rechts zu schmieden und gemeinsam für Solidarität und Emanzipation zu kämpfen, haben sich zahlreiche linke und ehemalig verbündete Gruppen dem Wahn verschrieben, im Zionismus den Hauptfeind zu vermuten. Sie gehen Bündnisse mit Antisemit_innen ein, greifen antifaschistische Räume an und sind sich noch nicht einmal zu schade, das Gedenken an die von den Nationalsozialisten ermordeten Jüdinnen_Juden für ihre antizionistischen Sehnsüchte zu instrumentalisieren – anders können Kampagnen wie der Protest unter dem Namen „Kufiyas in Buchenwald“ gegen die jährliche Befreiungsfeier im ehemaligen KZ Buchenwald kaum verstanden werden. Dabei berufen sie sich auf die nicht enden wollende Definitionsdebatte, in der vor allem definiert wird, was alles kein Antisemitismus sei. Schon längst ist es nicht mehr der Antisemitismus, gegen den sie sich organisieren – es ist der Antisemitismusvorwurf, der ihnen grundsätzlich als verdächtig gilt. Antisemitismus, so offensichtlich und brachial er auch auftritt, wird entschuldigt, ignoriert und bagatellisiert.

Solidarität mit allen Jüdinnen_Juden weltweit

Insbesondere seit dem 7. Oktober machen viele Jüdinnen_Juden die Erfahrung, sich in Räumen, in denen sie sich zuvor sicher fühlten, nicht frei bewegen zu können.

Jüdische Studierende unterbrechen ihr Studium, jüdische Künstler_innen werden boykottiert und ausgegrenzt und Menschen, die auf der Straße Hebräisch sprechen, angegriffen. Linke Demonstrationen, deren Fokus noch so klar sein mag, werden antizionistisch instrumentalisiert und vereinnahmt.

Auch angesichts dessen hat der Staat Israel für viele Jüdinnen_Juden große Bedeutung. Es ist der Ort, an dem sie nach wie vor Schutz vor dem mörderischem Antisemitismus suchen. Die Existenz und Wehrhaftigkeit des Staates Israel ist die logische Konsequenz aus der Shoa.

Kommt zur antifaschistischen Gedenkkundgebung und -demonstration nach Moabit!

Wir leben in schweren Zeiten. Das ist nicht zu leugnen. Doch gibt es auch weiterhin starke Bündnisse und sowohl alte als auch neue Initiativen, die den Kampf gegen Antisemitismus, die extreme Rechte und Rassismus vereinen.

An diesen Bündnissen müssen wir festhalten, müssen uns organisieren, demonstrieren und dürfen uns vor allem nicht unterkriegen lassen. Und schon gar nicht sollten wir uns der Illusion hingeben, dass konservative Kräfte in der jetzigen Situation unsere Verbündeten sein können, auch wenn die Arbeit in linken Strukturen noch so kräftezehrend ist.

Mit unserem Gedenken wollen wir uns nicht in das Schulterklopfen und Kränze-Abwerfen einreihen. Antifaschistisch zu gedenken, heißt für uns, jede Form des deutschen „Wirs“ und der daraus resultierenden sozialdarwinistischen und rassistischen Ausschlüsse anzugreifen und Antisemitismus in all seinen Erscheinungsformen zu benennen und zu bekämpfen.

Keine Versöhnung mit Deutschland!
Gegen jeden Antisemitismus und Rassismus!
Für einen emanzipatorischen Antifaschismus!
Solidarität mit Israel als Schutzraum!

Gedenkkundgebung
und **antifaschistische Demonstration**
Montag den **9. November 2026** um **17:30 Uhr** am **Mahnmal Levetzowstraße**,
Berlin-Moabit

Weitere Termine und Informationen findet Ihr auch unter:

9novemberberlin.de



V.i.S.d.P.: M. Meier, Alt Moabit 25, 10559 Berlin